

Lieber Peter,

langsam wird's mir unheimlich, in wie vielen Fragen wir übereinstimmen oder zumindest erstaunliche Annäherungen zustande bringen. Dein letzter Brief zum Beispiel über den – Vorsicht, Ironie! – „großen Europäer Jean-Claude Juncker“ ist in mancher Formulierung bissiger geraten als meine Attacke eine Woche zuvor. Dabei geht es aber nicht um einen „offenen Steuerwettbewerb der Länder“. Junckers Geschäftsmodell als Finanzminister und Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg hieß schlicht: mit Briefkastenfirmen Millionen verdienen, auch wenn man damit die Heimatländer der steuerflüchtigen Konzerne um Milliarden schädigt. Dies ist in der Tat das krasse Gegenteil von Solidarität, aber auch von Seriosität und vor allem von Europa-Tauglichkeit.

Mich wundert schon, wie milde meine Partei, die Sozialdemokratie, mit Juncker umgeht, nur weil er im richtigen Verfahren ausgewählt wurde, gewissermaßen aus einer Wahl des Europa-Parlaments hervorging und nicht

aus dem Geklügel europäischer Regierungskreise. Aber wenn das Verfahren seiner Wahl einen Politiker schon unangreifbar macht und gegen jeden Skandal immunisiert, dann wird man künftig überhaupt nichts mehr gegen demokratisch gewählte Staats- und Regierungschefs sagen dürfen, egal was sie auf dem Kerbholz haben oder während ihrer Amtszeit anstellen. Mit „Mehr Demokratie wagen“ hat das wenig zu tun.

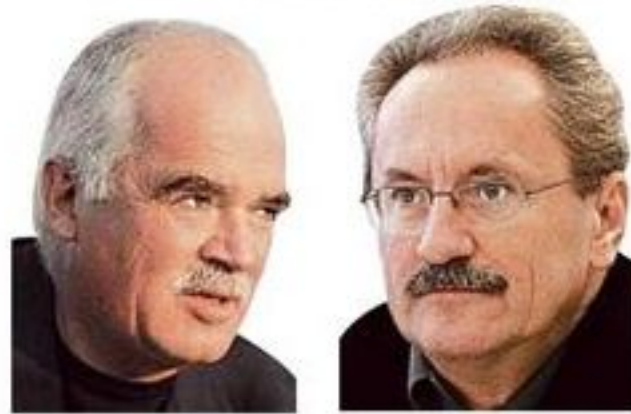
Und am tollsten finde ich Junckers Verteidigungsrede, sein internationales Steuerverkürzungsmodell sei ja legal gewesen. Ja natürlich – nach dem Gesetz, für das er verantwortlich zeichnet! Dürfen künftig nur noch Gesetzesbrecher kritisiert werden, aber nicht mehr politische Kräfte, die für skandalöse Gesetze verantwortlich sind? Wenn sich das Europäische Parlament auf solche Spielregeln einlässt, ist der mit der Europawahl eingeleitete Europäische Frühling schnell vorbei.

Übereinstimmung auch beim Lokführer-Streik, wo neuerdings einige Medien immer deutlicher Partei ergreifen für kleine Berufsgruppen in Schlüsselpositionen, die

zur Durchsetzung ihrer Partikularinteressen den ganzen Laden lahmlegen können – nicht nur das eigene Unternehmen, sondern Teile der Volkswirtschaft. Natürlich muss man hier vorsichtig sein: Lokführer sind im Gegensatz zu Flugkapitänen keine privilegierte Gruppe und schon gar keine Spitzenverdiener, also auch moralisch voll berech-

tigt, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Das Ärgerliche am letzten Streik war aber, dass es gar nicht um die Arbeitsbedingungen der Streikenden ging, sondern um die Machtbefugnisse ihrer kleinen Gewerkschaft, die gerade nicht die Mehrheit der Bahnbeschäftigten vertritt und auch nicht für diese Mehrheit kämpft.

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Europa und der Bär: Wer bedrängt hier wen?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Ich habe jahrzehntelang an Mai-Kundgebungen teilgenommen und stets der Gewerkschaftsparole „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zugestimmt. Mir will deshalb nicht in den Kopf, warum es dem Bundesarbeitsgericht und manchen angeblich linken Freunden der Mini-Gewerkschaften als sozialer Fortschritt erscheint, wenn bis in die einzelnen Betriebe hinein für zweifelsfrei identische Arbeit unterschiedlicher Lohn gezahlt werden muss. Ist die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung beispielsweise in Italien oder Frankreich mit all ihren volkswirtschaftlichen Auswirkungen wirklich so erstrebenswert, dass wir auf richterliches Geheiß nacheifern müssen?

Bundestag und Bundesregierung sind nicht um ihre Aufgabe zu beneiden, den Machtmissbrauch kleiner Gruppen in Schlüsselpositionen einzudämmen, ohne dabei die Koalitionsfreiheit zu verletzen. Vorgeschiedene Schlichtungsverfahren bei Unternehmen der Daseinsvorsorge sind dabei sicher ein gangbarer Weg. Übrigens beweist der Problemdruck der Bahn – von der Unterfinan-

zierung bis zur Streikwelle – wie übereilt und überstürzt und maßlos die Privatisierung dieses bedeutsamen Teils unserer Daseinsvorsorge gewesen ist. Das sollten die für unsere S-Bahn Verantwortlichen rechtzeitig bedenken – hinterher jammern gilt nicht.

Für heute Abend fürchte ich, dass wir wieder keine veritable Kontroverse zustande bringen. Du kommst dankenswerterweise in meinen Volkshochschulkurs „Politik der Woche“ im Gasteig, 19.00 Uhr (Einzelgebühr 5 Euro), um zum Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, ja ganz Europa und dem ganzen Westen Stellung zu nehmen. Das Thema ist aktuell und bedrängender denn je. Du warnst mit vollem Recht davor, den Konflikt eskalieren zu lassen. Der politische und publizistische Mainstream sieht das anders. Aber wie sagte mein Freund Dick Deimer, Dein Parteifreund, der jahrzehntelang an der Spitze des Bayerischen Städtetags stand: „Wo alle das Gleiche denken, wird nicht viel gedacht.“ Ich freue mich auf heute Abend!

Herzlich
Dein Christian